

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 219

Montag den 19. September 1932

90. Jahrgang

Neuwahlen zum Reichstag am 6. November

Berlin, 17. Sept. (Eig. Meld.) Wie wir erfahren, hat das Kabinett in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Neuwahlen zum Reichstag auf den 6. November anzusetzen.

Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident dem 6. November als Wahltermin zustimmen wird, den das Reichskabinett ihm vorgeschlagen hat. Dieser Beschluß ist nur insofern eine Überraschung, als man in politischen Kreisen nicht damit rechnete, daß das Kabinett den Termin schon festlegen würde, da es nach dem Wahlgesetz für seine Entscheidung noch einige Wochen Zeit gehabt hätte. Mit dem 6. November, der ja der letzte fristgemäße Termin ist, hat man also wahrscheinlich Datum immer gerechnet.

Die politische Bedeutung des Kabinettsbeschlusses ist darin zu sehen, daß er zweifellos zur allgemeinen politischen Beruhigung beitragen wird. Die Gerüchte über eine Aussetzung der Reichstagswahlen sind damit endgültig gegenstandslos geworden. Allerdings können die Wahlen nur dann stattfinden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, von der Reichsinnenminister kürzlich vor der Presse gesprochen hat, daß nämlich die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird.

Gründung eines „Deutschen Nationalvereins“

Berlin, 18. Sept. Auf einem von etwa 100 geladenen Teilnehmern aus allen Provinzen besuchten Vertretertag wurde heute in den Krollkellern die Gründung des „Deutschen Nationalvereins“ beschlossen. Der vorläufige Vereinsvorstand besteht aus: Oberbürgermeister Dr. Wildermuth-Berlin als Vorsitzender, Graf zu Dohna-Born und Rechtsanwalt Jedditsch-Königsberg i. Pr. Stellvertreter: Wisanow-Walden-Berlin und Oberbürgermeister Wilber-Dresden. Die Gründungsversammlung hat einstimmig einen Aufruf erlassen, in dem der Deutsche Nationalverein sich an alle Deutschen wendet,

die sich heute politisch heimatlos fühlen und in dem u. a. ausgeführt wird:

Wir wollen die verfassungsmäßigen Rechtsgrundlagen wieder schaffen, die Selbstverantwortung und Mitverantwortung ermöglichen. Wir wollen durch Anpassung des Weimarer Verfassungsgewerkes an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zur Verfassungserfüllung zurück. Wir wollen, daß Deutschland frei sei. Deutschland hat ein heiliges Recht auf die Lösung der aufgeworfenen Verträge. Wir wollen, daß wieder die Achtung vor der christlichen Meinung, vor der religiösen Überzeugung in Deutschland selbstverständlich sei und daß die wichtigsten Grundlagen unserer Kultur erhalten bleiben. Wir wollen, daß die soziale Gesetzgebung in den Grundlagen des Versicherungs- und Arbeitsrechts erhalten bleiben. Wir wollen eine Bauernbefreiung nach nationalen Gesichtspunkten. Wir wollen den Ausgleich der Interessen in Handels- und Agrarpolitik und lehnen die Antarktis ab.

Der Deutsche Nationalverein knüpft an geschichtliche Erinnerungen an. Er nimmt den Ruf an, der von der national bedrohten Diktatur ergangen ist. Er fordert alle auf, die mit ihm einig sind, sich ihm anzuschließen.

Industrie gegen Kontingentierung

Berlin, 18. Sept. Die der Berliner „Wirtschafts- und Arbeiterzeitung“ erfaßt, waren am Samstag mittag maßgebende Vertreter der deutschen Wirtschaft beim Reichskanzler, um noch einmal Vorstellungen gegen die Kontingentierungsbestrebungen im Kabinett zu erheben. Reichsminister a. D. Damm warnte, dem Blatt zufolge in eindringlichen Worten davor, die Wirtschaft mit Kontingenten der vorgeschlagenen Art zu belasten und damit die Ausfuhr zu zerstören. Der Kanzler habe es vermieden, eine eindeutige Antwort zu erteilen. Die Vertreter der Industrie hätten jedoch den Eindruck gehabt, daß die letzte Möglichkeit, die landwirtschaftlichen Wünsche auf Kontingentierung mit den berechtigten industriellen Bedenken auf einer mittleren Linie in Übereinstimmung zu bringen, noch nicht endgültig verbannt sei.

sei allein gewesen, dem deutschen Volke große Konflikte zu erparen.

Zur letzten Notverordnung übergehend, die beim Großunternehmeramt Hoffnungen, in der Arbeiterklasse helle Erbitterung hervorgerufen habe, erklärte der Redner, darüber könne kein Zweifel bestehen, daß es sinnlos wäre, mit Steuerzuschüssen in den nächsten 5 Jahren zu rechnen, sie voranzunehmen und in Form von Papieren bereits zu verwerfen, wenn nicht die Sicherheit bestehe, daß die öffentliche Hand nicht gezwungen sei, neue Steuern einzuführen oder andere, die Wirtschaft schwer treffende Maßnahmen zu ergreifen.

Es gebe Leute, betonte Staatsrat Schäffer weiter, die wähten, man brauche überhaupt keine Volksvertreter mehr und brauche überhaupt nicht mehr zu wählen. Das wäre der offene und glatte Verfassungsbruch. Die größte Gefahr bestehe darin, daß den 19 Millionen deutschen Wählern, die von revolutionären Redensarten heute verunsichert seien, eine fürchterliche Welle in die Hand gegeben werde. Es könne nicht laut genug davor gewarnt werden, Experimente zu machen, die den Staatstreich bedeuten und den Revolutionären Waffen in die Hände geben würden.

Der Redner erklärte, daß die deutschen Länder heute beweisen müßten, daß sie wirklich die Grundpfeiler des deutschen Reiches seien, und es wäre eine große geschichtliche Tat, wenn sie dem deutschen Volke und seinen Führern einen Gesetzgebungsvorschlag unterbreiten würde, der den Weg einer vernünftigen Verfassungsreform zeige. Der Redner schloß mit den Worten: Die Länder könnten mit einer starken gesetzlichen Initiative die Krise lösen und das Reich retten. Mein heißester Wunsch wäre, daß Bayern den Anstoß dazu gibt.

Im Anschluß hieran sprach Geheimrat Dr. Heim. Der Redner wandte sich gegen jede Art von Diktatur, aber auch gegen den Parlamentarismus der Weimarer Verfassung. Es müsse gelingen, den Parteimittel unterzukriegen. Selbst bei den Sozialdemokraten finde man Männer, vor denen man den Hut abziehen müsse. Es sollten jetzt einmal alle Parteien ohne Ausnahme genau selbige Vorschläge machen, um aus der gegenwärtigen Situation herauszukommen. Offensichtlich müsse heute bekundet werden, daß die Bayerische Volkspartei bereit sei zu vergeben und zu vergehen. Der Redner bekannte sich soeben als Anhänger der Arbeitsdienstpflicht, als Freund einer Wehrmacht in Höhe von mindestens 300.000 Mann und forderte dann zur Beseitigung der Rat im Staat größte Beschränkung der Verwaltungsausgaben, Rückkehr zur Einfachheit im ganzen Leben, Festsetzung des Bauernstandes, Abschaffung einer einseitigen Konsumentenpolitik. Schließlich verlangte der Redner die Aufstellung einer neuen Verfassung durch ein Volksreferendum und zwar zugleich mit der Durchführung der Reichstagswahlen. Wir haben, so endete Dr. Heim, viel gemeinsam mit dem Zentrum, vor allem unsere Weltanschauung, aber wir behalten auch unsere volle Selbständigkeit.

Spezia, 17. Sept. Zwei Wasserflugzeuge der italienischen Marine sind über dem Meer zusammengestoßen und in die Fluten gestürzt. Sieben Piloten büßten dabei ihr Leben ein.

Paris, 17. Sept. Die Kammer hat heute nacht um 5 Uhr mit 540 gegen 48 Stimmen die Rentenfortsetzung genehmigt. Dagegen stimmten nur die Kommunisten und einige Eigenbrötler von der Rechten. Derriot hat also für sein Projekt die gewünschte Einstimmigkeit sozusagen erhalten.

Nationaler Bloß oder neue Front?

Vorbereitungen für den Wahlkampf

S. Berlin, den 18. September 1932.

Der Beschluß der Reichsregierung, nach dem die Neuwahlen für den 6. November ausgeschrieben werden, ist schneller gefaßt worden, als allgemein erwartet wurde. Er ist im Interesse der innerpolitischen Spannungen zu begrüßen. Wenn sich auch manche Vorgänge der letzten Zeit auf der Grenzlinie der Verfassung abgepielt haben, so ist die Sicherheit doch wesentlich, daß in den entscheidenden Grundfragen das Recht unangefastet bleiben soll. Das deutsche Volk wird noch einmal zur Entscheidung aufgerufen. Es wäre der Regierung möglich gewesen, die Zeit des Wahlkampfes zu verlängern und, ohne die Vorbereitungen technischer Art zu beeinträchtigen, den Wahltermin 14 Tage früher anzusetzen. In dem sie den letztmöglichen Termin bestimmte, hat sie natürlich nicht nur die Zeit verlängern wollen, in der sie ohne parlamentarische Behinderung arbeiten kann. Sie hofft offenbar auch, daß in einer längeren Frist die Erkenntnis ihres Wollens und Handelns in weiteren Kreisen sich durchsetzt und daß infolgedessen die Wahlversprechungen zu ihren Gunsten ein größeres Ausmaß annehmen werden.

Die Regierung hat dem Reichstag selbstverständlich nicht nur ausgedrückt, um sich aus einer augenblicklichen Verlegenheit zu retten. Sie erhofft sich von dem Ergebnis der Wahlen auch den Nachweis, daß ihr Programm und ihre Maßnahmen auf die Massen eine Anziehungskraft auszuüben beginnen. Das brauche nicht einmal in einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse zum Ausdruck zu kommen, wenn sich nur der Sinn und die Richtung der Bewegung klar abzeichnen. Wie aber kann das sichtbar geschehen?

Ueber diese Frage hat man sich in den maßgebenden Kreisen schon ernste Gedanken gemacht. Wie die Dinge sich nach der Abstimmungsstunde des aufgelösten Reichstags vor den Augen der Öffentlichkeit darstellen, erscheinen Deutsche Nationalpartei und Deutsche Volkspartei als die einzigen Verbündeten der gegenwärtigen Reichsregierung. Darüber scheint man sich aber innerhalb der Regierung auch im Klaren zu sein, daß man auf der Grundlage alter Parteiprogramme und Parteiprogramme keine wirksame Werbekraft für eine „grundtätig neue Staatsführung“ entwickeln kann. Es ist darum der Plan aufgetaucht, neben und über den Parteien eine Organisation zu schaffen, die sich überall für solche Kandidaten einsetzen soll, die sich als Persönlichkeiten in ihrem Kreise eines besonders großen Ansehens erfreuen, die aber mit der Bewerbung um ein Mandat sich nicht den Zwängen einer Partei und denen des Parlamentarismus zur Verfügung stellen wollen, deren Ziel und einzige Aufgabe es vielmehr sein würde, die autoritative Staatsführung moralisch und gegebenenfalls materiell auch tatsächlich durch ihre Stimmen im Parlament zu sichern.

Es ist verständlich, wenn die Parteibürokratie sich solchen Plänen entgegenstellt. Der Führer der Deutschen Volkspartei hat jedoch erklärt, daß er sich einen starken und ausserordentlichen Erfolg von der Einsicht und dem kraftvollen Willen der schon vorhandenen politischen Faktoren verpriehe, deren Zusammenschluß zu einem nationalen Bloß er fordert. Man steht aber doch fest, so argumentiert man in der engeren Umgebung der Reichsregierung, daß allen bisherigen Zusammenstößen und Umgründungen auf der Basis bestehender Parteien jeder Erfolg verlagert geblieben ist. In solchen Fällen treten natürlich im wesentlichen die langjährigen und „erprobten“ Abgeordneten wieder als Kandidaten vor die Wähler. Und wenn die alten Gesichter mit den alten Programmen und mit den alten Redensarten erscheinen, so kann das nicht den Eindruck des grundtätig Neuen erwecken, nach dem sich die weitesten Volksteile sehnen und dem sie zu folgen bereit sind. Die alten Namen und die alten Gesichter — wer würde da glauben, daß es sich um eine Bewegung jenseits des „Parteilismus“ und gegen den „Parteilismus“ handelt? Der „nationale Bloß“ mag gebildet werden. Die überparteiliche Bewegung für eine grundtätig neue Staatsführung müßte aber selbständig und unabhängig eingeleitet werden.

Der Baubeginn des Panzerschiffes C

Berlin, 17. Sept. (Eig. Meldung.) Die Kiellegung des Panzerschiffes C, Ersatz „Braunschweig“, die am 1. Oktober auf der Marinewerft in Wilhelmshaven erfolgen soll, steht selbstverständlich nicht, wie in einem Teil der ausländischen Presse behauptet wird, in irgendeinem Zusammenhang mit dem Herabbleiben Deutschlands an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz, oder unseren Schritten in der Frage der Wehrleichheit. Da es sich bei dem Neubau des Panzerschiffes C um einen Ersatzbau handelt, verzögert er auch nicht gegen die Bestimmungen des Rüstungsstillhalteabkommens.

England hat bisher in diesem Jahre 3 Kreuzer, 9 Zerstörer und 3 Unterseeboote in Auftrag gegeben und sich den Baubeginn von 3 weiteren Kreuzern, 9 Zerstörern und 3 Unterseebooten vorbehalten. Amerika wird im Frühjahr nächsten Jahres einen 10.000 Tonnen-Kreuzer und Japan zum gleichen Zeitpunkt 3 Zerstörer auf Stapel legen. In Frankreich ist der Baubeginn von einem 26.500 Tonnen-Divisionsschiff und 2 Kreuzern im Juli vorigen Jahres und im Dezember dann noch von 4 weiteren Kreuzern bewilligt worden. Außerdem rechnet man noch mit dem Baubeginn von 3 Unterseebooten bis zum Schluß dieses Jahres.

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, welche verschwindende Rolle das Panzerschiff C in dem ganzen Weltschiffbau-Programm spielt.

Kombinationen über die Reichsreform

Zerschlagung Preußens kommt nicht in Frage

Berlin, 17. Sept. (Eig. Meldung.) In den letzten Tagen sind in einer ganzen Reihe von Zeitungen in Berlin und im Reich Berichte und Erörterungen über die Frage der Reichsreform und angebliche Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern enthalten. Diese Nachrichten und Äußerungen deuten sich, wie von zuverlässiger Stelle erklärt wird, zum größten Teil nicht mit den Tatsachen. Bei der Konferenz der Reichsregierung mit den süddeutschen Länderregierungen in Stuttgart ist seiner Zeit vereinbart worden, daß in der Frage der Reichsreform erst eingehende Erörterungen mit den Länderregierungen stattfinden sollen, ehe der Entwurf der Reichsregierung fertiggestellt wird. Diese Verhandlungen mit den Ländern haben noch nicht stattgefunden. Auch die bevorstehenden Reisen des Reichskanzlers und einzelner Reichsminister nach Bayern haben, wie schon gefahren erklärt worden ist, mit der ganzen Frage nichts zu tun. Von amtlicher Seite wird ausdrücklich erklärt, daß eine Zerschlagung Preußens und eine Umgestaltung preussischer Gebiete zu Reichsprovinzen auf keinen Fall in Frage kommt. Bei der kommenden Reichsreform soll an dem föderativen Charakter des Reiches nichts geändert werden.

Aussprache des Reichskanzlers mit der Bayerischen Volkspartei

Berlin, 17. Sept. (Eig. Meldung.) Der D.M.Z. zufolge ist der Vorsitzende der Bayer. Volkspartei, Staatsrat Schäffer, für Montag nach Berlin zu einer Besprechung mit Reichskanzler v. Papen eingeladen worden. Kurz danach wird der bayerische Ministerpräsident Feld ebenfalls zu einer Aussprache erwartet. In beiden Fällen soll es sich weniger um die grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern drehen, als um die aktuellen politischen Fragen des gegenwärtigen Wahlkampfes, darunter um die Pläne zur Verteilung einer Regierungsfreie für die Wahlen.

Rede des Staatsrats Schäffer auf der Lantenhäuser Bauernversammlung

München, 18. Sept. (Eigene Meldung.) Der Parteivorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, der heute auf der Lantenhäuser Bauernversammlung eine Rede hielt, betonte in seinen Ausführungen u. a., die Bayerische Volkspartei habe sich als Ziel und Aufgabe gesetzt, den Reichstag arbeitsfähig zu machen. Bei diesen Bemühungen und bei den Bemühungen, die Reichstagsauflösung zu verhindern, sei es nicht um die Bildung parlamentarischer Koalitionen gegangen, es sei darum gegangen, eine Situation zu schaffen, die es auch den Nationalsozialisten ermöglicht hätte, für die Regierung zu stimmen. Das werde nur erreicht werden können, wenn die Nationalsozialisten an einem Kabinett beteiligt werden. Man habe nicht anderes versucht, als das, was das Kabinett selbst versucht habe. Die Bayerische Volkspartei sei bereit gewesen, jedes Kabinett zu unterstützen, wenn die Garantie gegeben gewesen wäre, daß kein Versuch einer Parteidiktatur möglich gewesen sei. Das sei der Sinn der ganzen Besprechungen mit den Nationalsozialisten gewesen. Das Ziel



Welthandel und deutsche Ausfuhr

is. Der deutsche Außenhandel im August zeigt deutlich, daß wir auf dem Weltmarkt mehr und mehr von unseren Konkurrenten verdrängt werden. Dazu kommt noch, daß unsere Handelsbilanz durch die neuesten Preissteigerungen der Rohstoffe immer belasteter wird. Unsere Erfolgsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt hängen nicht zuletzt mit der Entwicklung des Welthandels überhaupt zusammen. Das verheerende Abgleiten des Welthandels in den letzten drei Jahren kam nun in diesem Sommer zu einem gewissen Stillstand; denn im zweiten Viertel 1932 ging der Welthandel der 48 wichtigsten Länder seinem Werte nach nur um 6 Prozent zurück, während der Umfang des Welthandels selbst nur um 2 Prozent nachließ. Wenn man bedenkt, daß um diese Jahreszeit noch immer der Weltmarkt abflaute, so kann man ruhig sagen, daß der Schrumpfungsvorgang hier zum Stillstand gekommen sei.

Das Tempo, in dem der Welthandel abflaut, war verheerend. In der Zeit seit 1929 kürzten die Umsätze des Welthandels von dem Index 104 auf 60 herab. Ob sich nun der Weltmarkt wieder erholt, das wird sich erst im nächsten Viertel 1932 zeigen lassen. Man kann nicht einmal sicher behaupten, daß es jetzt wieder bergauf geht und daß daher die deutsche Ausfuhr ansteigen werde; denn heute ringen noch so viele Gegenströmungen auf dem Weltmarkt miteinander, die erst noch ausgeglichen werden müssen. So sind z. B. heute die währungswirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht überall geklärt. In der Zeit vom 2. Viertel 1931 bis zum 2. Viertel 1932 schrumpfte die Ausfuhr von 11 Ländern mit goldweiser Währung um 40 Prozent zusammen, während die von 10 Ländern mit entwerteter Währung um 30 Prozent abnahm. Sobald nun die abgeglittenen Währungen gestützt werden, dürfte auch die übertriebene Ausfuhr der Inflationsländer wieder abebben. Somit eröffnen sich hier für die deutsche Ausfuhr manche Zukunftshoffnungen.

Im Gegensatz dazu wird der Welthandel leider auch weiterhin durch häufige Zollserhöhungen und „protektionistische Maßnahmen“ belastet. Der deutsche Außenhandel wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß zu den alten Demnissenen neue Hindernisse treten. Die Konferenz von Straßburg ließ allerdings hin und wieder die Hoffnung aufleben, daß der Zollwahn seinen Höhepunkt erreicht haben dürfte. Zahlreiche Ausfuhrerzeugnisse und Ausfuhrindustrien und Fabriken sind für immer vernichtet worden durch die Industrialisierung überseeischer Staaten, durch den Übergang Englands zur Schutzzollpolitik, durch die Kontingentpolitik Frankreichs und der europäischen Länder, die landwirtschaftliche Erzeugnisse einführen müssen.

Ueber die Folgen dieser Politik liegen bis jetzt noch keine Zahlen vor. Der Aufschwung von 1925/29 wurde vor allem dadurch erleichtert, daß kapitalreiche Länder ihren Kapitalüberschuß den kapitalarmen Ländern reichlich zur Verfügung stellten. Als dann 1929 neben anderen Erscheinungen auch der internationale Kapitalausgleich gestört wurde, begann die große Krise. Die neue Anfurberung des Welthandels wird daher nur dann möglich sein, wenn die internationale Kapitalwirtschaft wieder ausgeglichen wird. Wir haben hier einige Anlässe, wie z. B. die Regelung der Reparationen in Lausanne. Doch harren hier noch schwierige Fragen (z. B. die deutschen privaten Auslandschulden, die internationalen Kriegsschulden) ihrer Lösung.

Wenn auch der Tiefpunkt im Welthandel und damit der Tiefpunkt der deutschen Ausfuhr erreicht sein dürfte, so dürfen wir daraus keine allzu günstigen Schlussfolgerungen ziehen. Nicht günstig bleiben vorerst die Aussichten für die Ausfuhrindustrie und die Weltseifahrt, da sie ja meistens auf dem Weltmarkt um den Preis der Konkurrenz kämpfen. Solange der Kapitalmarkt gelähmt und der Zollwahn herrscht, warten wir vergebens auf eine Wendung zum Besseren.

Lohnreduzierungen und Preiserhöhungen

Im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wird die neueste Notverordnung Papens kritisch beleuchtet. Es wird dabei ausgeführt, daß durch die Lohnreduzierungen für die Landwirtschaft und den zur erwartenden Vermehrungswang für Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft die Preise für die Lebensmittel steigen würden. Während also die neue Notverordnung auf der einen Seite Lohnreduzierungen brachte, würde sie auf der anderen Seite Preiserhöhungen zur Folge haben.

Die Eisenbauern

Roman von Rudolf Hirsch

(Copyright 1931 by Verlag Alfred Bachtold in Braunschweig)

19. Fortsetzung.

„Deiner, das tust du nicht. Du kannst es mir nicht abnehmen, wenn ich deinen Onkels Verdacht entwirren will. Du wirst dich selbst so gut beurteilen können, daß du genau weißt, weshalb du triffst. Daß ich gerne mit dir in der Wirtschaft sitze, das gebe ich zu. Ich mag dich gut leiden — hauptsächlich, wenn du einen kleinen Weg hast. Aber zum Trinken habe ich dich nicht gebracht! Ueberhaupt, was deinen Onkel angeht...“

„Loh den beiseite, Mensch! Laß ihn beiseite, sage ich dir!“

„Kann gut, ich sage nichts mehr über ihn... Aber du bist dumm, Heiner, du bist wirklich dumm! Blödsinnig dumm, möchte ich fast sagen!“

„Wißt du das noch einmal wiederholen?“

„Deiner, wir wollen uns nicht zanken. Nein, das hat keinen Zweck! Wenn ich zu dir sage, du wärst dumm, so müßt du das recht verstehen.“

„Du bist der erste, der mir das sagt.“

„Recht du, Heiner, du bist sonst der geschickteste Mensch unter der Sonne — auch dein Onkel hat alles andere im Kopf als Dummdummheit. Diese Eigenschaft kennt man einfach nicht in deiner Verwandtschaft. Man kann dich und den Schulzen ruhig die geschicktesten und gebildetsten Menschen im Dorf nennen. Aber eines hat dein Onkel, dieser alte Schlauberger, dir zuvor: Er ist auch in der Liebe nicht auf den Kopf gefallen, während du, Heiner, darin stockdumm bist.“

„Heinrich bist du auf die Lippen, erwiderte aber nichts.“

„Man hat das manchmal, daß die Geschicktesten in der Liebe die Dummsten sind!“

„Das ist mir gar nicht leid, Ranzoni!“ Inurete Heiner. In Ranzonis Gesicht malte sich etwas Enttäuschung. „Es tut dir nicht leid?... Du sehest mich in Gedanken...“

„Aber du läßt“, verachte er mit einem triumphierenden Lächeln nach einer kurzen Pause, „du läßt, Heiner, wenn du das sagst! Wenn es Wahrheit wäre, so liebtest du den Alkohol nicht, denn du bist von Natur aus kein Trinker — auch bist du nicht dazu erzogen worden. Wenn so einer wie du zu trinken anfängt, so hat er die Absicht, sich etwas vom Drogen zu süßen... Ich bin offen, Heiner, du darfst mir meine freie Sprache nicht abnehmen. Ich meine, ich müßte dir das sagen, weil — nun, weil du mir leid tust!“

„Sprich, was du willst!“ sagte Heinrich mürrisch. „Aber du darfst dich nicht mehr aufregen, Heiner.“

„Nein!“

Polen will Danzig unterwerfen

Die polnische Regierung hält anscheinend den Zeitpunkt für gekommen, die Karten ihres Spieles um Danzig aufzuwickeln. Das ist an sich kein Fehler, denn wenn man aufgedeckten Karten gespielt wird, wissen die Spieler, was sie voneinander zu halten haben. Vor einigen Monaten hatte die Regierung der freien Stadt Danzig sich an den Völkerbundskommissar gewandt und Schutz gegen die Uebergriffe der polnischen Zoll- und Wirtschaftsgesetzgebung und den Mißbrauch der polnischen Befugnisse zur Benachteiligung Danzigs in Zollfragen gefordert. Der Völkerbundskommissar forderte die polnische Regierung zur Aeußerung auf. Monate liegen die polnische Regierung verstreichen, ohne eine Antwort zu erteilen. Jetzt endlich ist die polnische Antwort dem Völkerbundskommissar eingegangen.

Polen lehnt in seiner Antwort die Forderungen Danzigs rundweg ab und stellt dafür eigene Forderungen auf, die eine völlige Aufhebung der Danziger Reservatsrechte, wie sie in dem Wirtschaftsabkommen vom Oktober 1921 festgelegt wurden, darstellen.

Noch am 13. August hat der diplomatische Vertreter Polens in Danzig die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es gelingen werde, zu einer Verständigung mit Danzig zu kommen, die ein friedliches Nebeneinander gewährleisten würde. Um zu wissen, was von den Worten der Diplomaten zu halten ist

England gegen die deutsche Wehrforderung

Ein Kompromißvorschlag

London, 18. Sept. Die englische Regierung hat eine längere Mitteilung veröffentlicht, in der sie nach einer Verhärterung über ihre Bemühungen zur Förderung der Abrüstung und der Wiederherstellung der Wirtschaft ihre Auffassung zu dem deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung bekannt gibt. Im Hinblick auf die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz, auf die großen Angelegenheiten in der Reparationsfrage und auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnisse betrachtet sie es als unzulässig, ungelegen und mißlich, daß Deutschland seine Forderung jetzt erhoben hat und erklärt darin erhebliche Nachteile. Nachdrücklich sei die Lage so, daß der Teil V des Versailler Vertrages noch keine Wirkung nur durch allgemeine Uebereinkunft verlieren könne.

Deutschland sei nicht berechtigt zu dem Anspruch, daß durch das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen einer Abrüstungskonvention der Teil V des Versailler Vertrages hinfällig werde, weil die anderen Mächte ihre Verpflichtungen nicht erfüllt hätten.

Es sei auch keineswegs gesagt, daß die Art, wie die deutsche Abrüstung vollzogen sei, auch unbedingt auf die anderen Unterzeichnermächte Anwendung finden müßte. England sei aber der Ansicht, daß der deutsche Anspruch sich nicht aus juristischen Ableitungen aus dem Friedensvertrag ergebe, sondern vielmehr eine Aufforderung zur Verminderung der Rüstungen sei, weil die deutsche Abrüstung der Vorläufer für die Abrüstungen der anderen sein sollte. England habe schon sehr weitgehend abgerüstet.

Die englische Regierung macht dann folgenden Vorschlag: Sie erkläre die Aufgabe der Abrüstungskonferenz darin, im Rahmen einer Abrüstungsvereinbarung eine Verständigung auf dem Grundsatz zu schaffen, daß jeder Staat mit Uebereinkunft der anderen eine Einschränkung auf sich nimmt, die er sich selbst auferlegt als einen Teil der gegenseitigen Verpflichtungen von einem Unterzeichnerstaat dem anderen gegenüber. Als Ergebnis der Vereinbarung wird es daher keinen Unterschied im „Staat“ geben. Die Rüstungen eines jeden werden durch dieselbe Methode übermäßig werden. Die Begrenzungen, die bereits durch die bestehenden Verträge — wie die Friedensverträge und die Flottenverträge von Washington und London — bestehen, werden, soweit sie nicht durch gegenseitige Uebereinkunft abgeändert werden, in der freiwilligen und allumfassenden Uebereinkunft wieder erscheinen, aber die zu verhandeln man sich jetzt gerade anschaut. Dieses letztgenannte Dokument wird es dann sein, das eine wirksame Abrüstung für alle ist. Diese Auffassung von der Art und den Zwecken der Abrüstungskonferenz gibt nach Ansicht der eng-

und was sich Polen unter einer Verständigung mit Danzig vorstellt, muß man einen Blick auf das werfen, was Polen dem Völkerbundskommissar als Entwurf zu einem „Vertrag“ vorgelegt hat. Polen verlangt bedingungslose Unterwerfung Danzigs in fast jeder Beziehung. Die Selbständigkeit Danzigs soll nur noch auf dem Papier stehen. Alle Dobeitsrechte in Fragen des Zollwesens und der Wirtschaftsgesetzgebung in Bezug auf die Ein- und Ausfuhr sollen an Polen übertragen werden. Mehr noch, das Amt des Völkerbundskommissars soll nach den polnischen Wünschen ausgeschaltet werden, denn Polen fordert das Recht, künftig über seine Befugnisse in Danzig selbst und ausschließlich bestimmen zu dürfen. Um die Wirtschaft Danzigs vollkommen von der polnischen abhängig zu machen, verlangt Polen die bedingungslose Anpassung der indirekten Steuern und Monopole an die polnische Gesetzgebung, die Regierung der freien Stadt soll nicht einmal das Recht haben, beim Zustandekommen dieser Gesetze mitzuwirken.

Zuletzt beschränkt sich der polnische Vertragsentwurf auf die Befugnisse Danzigs als Wirtschaftsgebiet. Das weitere Ziel Polens liegt bei der Vorbereitung der politischen Okkupation. Es wird von Polen die Alleinherrenschaft über Danzig auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei gefordert, der Polizei-nähepolizei und auf allen anderen Gebieten der inneren und äußeren Verwaltung, also auch durch Handhabung der Justiz. Man sieht, Polen geht jetzt auf's Ganze, wird damit aber nur erreichen, daß die Befriedung des Ostens in weite Ferne gerückt ist.

lischen Regierung die Antwort auf die Frage, die in der Mitteilung der deutschen Regierung vom 29. August aufgeworfen worden ist. Die Note schließt damit, daß das Ziel sich nicht durch eine scharfe Herausforderung oder durch Nichtteilnahme an der Abrüstungskonferenz, sondern nur durch geduldiges Verhandeln im Verlauf einer Konferenz erreichen läßt.

Kriegsgrenellüge als Geschäftsreklame

Die Engländer W. D. und H. O. Willis versuchen auch in Deutschland ihre Goldflake-Zigaretten zu verkaufen. Vor kurzem erkundete ein deutscher Geschäftsmann, der eine Geschäftsbefehle nach Belgien unternahm, in Brüssel eine Schachtel Goldflake-Zigaretten. Wie dies so ähnlich ist, so war auch in dieser Zigarettenpackung ein Bild. Es zeigte ein Denkmal in der belgischen Stadt Loozen und auf der Rückseite wurde erklärt, daß dieses Denkmal an die Rassenhinterstellungen erinnern solle, denen sich die Deutschen 1914 hingaben. Es ist ein Gedenkzeichen für die unschuldigen Opfer. „Dann wird nach erklärt, die Deutschen hätten die Stadt angezündet, hätten Hunderte von Bewohnern auf diesem Platz zusammengejagt und feindlichen Karren unterworfen und sie gezwungen, den Hinrichtungen beifall zu klaffen.“

Es ist eine große Herausforderung der englischen Firma, die 14 Jahre nach Kriegeschluss mit Kriegsgrenellügen Reklame macht und dabei auch in Deutschland nach Absatz sucht.



Das Kuratorium für Jugendberückung

Links: General a. D. Edwin von Stölpnagel, der geschäftsführende Präsident. — Rechts: Reichsinnenminister von Gaal, der Vorsitzende.

Der junge Eisenbauer ladete kurz auf. „Du bist offen, Ranzoni, das merke ich. Aber was soll das alles? Angenommen, ich liebe wirklich die Hilde, so wäre das doch ganz hoffnungslos, denn dein Onkel will sie heiraten und nicht mich! Sie liebt doch meinen Onkel...“

„Da sitzt der Kern deiner Dummheit, Heiner! Du bist so dumm in Belbergsgeschichten wie ein kleiner Junge. Die Hilde will den Schulzen nehmen, weil sie nicht weiß, daß du sie wirklich liebst! Oder hast du ihr schon gesagt, daß auch du sie heiraten möchtest? Wenn sie dich abgewiesen hat, so triffst sie dazu nur ihre Klugheit. Vielleicht wartet sie auf Beweise deiner Liebe — wer weiß, was so ein Frauenzimmer für Gedanken hat?... Die Hilde ist berechnend und vernünftig. Sie bekommt an dem Schulzen einen reichen, ordentlichen und nützlichern Mann, mit dem sich leben läßt. Bei ihm ist sie in jeder Hinsicht auf Lebenszeit... Aber — er neigte sein gelbes Gesicht ganz an Heinrichs Ohr — „Lieben tut sie dich doch! Ihr Herz gehört dir, daran ist gar kein Zweifel!“

„Das ist nicht wahr!“ kam es erregt über Heinrichs Lippen.

„Bestimmt!“ versicherte Ranzoni und lächelte fein. „Ich esse 'nen Beifen, wenn's nicht so ist! Doch hier mußst du absteigen, Heiner. Ich muß mit dem Wagen noch zu Schmiebe.“

Als Heinrich vom Wagen kletterte, hob er plötzlich den Kopf und sah Ranzoni starr ins Gesicht.

„Du bist ein Teufel, Ranzoni!“ rief er hervor. Ohne Gruß ging er hinweg.

Ranzoni grüßte ihm höflich nach und nickte zufrieden. „Das ist“, murmelte er vor sich hin, „der wird dem Schulzen noch was zu schaffen machen, denn er ist — haba — wirklich verliebt in die Hilde!“

Schnüffend vor sich hinlächelnd, ließ er die Pferde weitertragen.

Da trat einmal der Köhler Karl aus einem nahen Gehäusch und kam auf den Wagen zu.

„Wenn du was mit dem Heiner treibst, du Lump, dann holt dich der Döw!“ rief er wütend.

„Heil's dich was an, du dumme Nigger?“ gab Ranzoni höflich zurück und ließ die Pferde laufen. Der Köhler ballte während die schwierigen Dünne.

„Wir sind noch nicht fertig, du Schuft!“ Inurete Karl und knirschte mit den Zähnen. „Bei der ersten besten Gelegenheit rechne ich mit dir ab — und es geht dir schlecht!“

8. Kapitel

„Du bist so finster und still, Heiner. Fehlt dir etwas — ist dir nicht wohl?“

Heinrichs Mutter sah besorgt auf den Sohn, der trumm auf einem Stuhl neben dem Ofen hockte und düster zwischen den Ästen hindurch auf den Boden stierte. Die Frage der Mutter ließ er unbeantwortet. (Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land

Nachdruck der Lokalberichte ohne Quellenangabe untersagt

Der Herr Staatspräsident hat eine Verheißung an der evangelischen Volksschule in Neumaden HON. Stuttgart dem Hauptlehrer Gogeler in Jagelsch und in Ulm dem Hauptlehrer Mayer in Langenbrand übertragen.

(Wetterbericht.) Zwischen die Hochdruckgebiete im Osten und Westen hat sich der Ausläufer einer nördlichen Depression geschoben. Für Dienstag und Mittwoch ist aber wieder vermehrter Hochdruckeinfluss und infolgedessen vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 19. Sept. Geraume Zeit ist schon vergangen seit dem Besuch der Birkenfelder vom Raubstrand bei uns Birkenfelder vom Schwarzwaldbrand. Dieser gegenseitige Besuch gab Anlaß, der Sanges- und Kammerbrüder an der Nahe immer wieder zu gedenken. Letzten Samstagabend, ganz unversehrt, traf Vorstand Weis mit Frau und Sangesbruder Robert Lauff hier ein, um die Freundschaft mit unserem Sangesbund und mit unserer Gemeinde neu zu bekräftigen. Die Nachricht dieses erheudenden Besuches brachte gleich eine Anzahl Säger auf den Plan, um im Hotel zum „Schwarzwaldbrand“ einen langjährig bestehenden Willkommensausflug auszuführen, woran auch Bürgermeister Neubaus Anteil nahm. Nach Beendigung eines Ständchens, welches dem Säger Eugen Rieth anlässlich dessen Hochzeit dargebracht wurde, schlossen sich die Reihen noch weiter um die willkommenen Besucher. Erntes und Helteres ist der Verlauf des Abends. Mit einem herzlichen „Auf Wiedersehen“ wurde geschieden.

Calmbach, 17. Sept. (Aus dem Gemeinderat.) Dem Gemeinderat wird der Entwurf der Satzung des „Mittelschulischen Zusammenschlusses nördlicher württ. Schwarzwald“, der auf dem Rathaus zur öffentlichen Einsicht aufgelegt war, bekannt gegeben. Einsprachen wurden gegen den Satzungsentwurf nicht erhoben. — Der Kassenbericht der Gemeindepflege für den Monat August, sowie eine Mitteilung der Württembergischen Staatsbauverwaltung über rüchliche Beiträge zur Lehrerbildung und eine solche der Oberamtspflege Neuenbürg über rüchliche Amtsförderungsumlage werden bekannt gegeben. — Ein Erlaß des Württembergischen Innenministeriums, nach welchem die Lebensmittellieferung, die vom Landesverband der Inneren Mission in Württemberg und von dem Caritasverband für Württemberg veranstaltet wird, in den Gemeinden des Bezirks Neuenbürg nicht durchgeführt werden darf, wird zur Kenntnis gebracht. — Auf Anregung der Rechnungsabteilung wurde die Aufschaffung von Feldbahngeräten für den freiwilligen Arbeitsdienst beschlossen und der Ortsvorsteher mit der Einholung von Angeboten beauftragt. Nach den gegenwärtigen Zeiten ist leider damit zu rechnen, daß die Gemeinde noch längere Zeit sich mit der Arbeitsbeschaffung für Hochaltdienstverweilende und Arbeitsdienstwillige zu befassen haben wird. In der Beratung kam zum Ausdruck, daß es sehr zu wünschen wäre, wenn nicht die Gemeinde als Unternehmerin auftreten müßte, sondern derartige Arbeiten dem einflüchtigen Gewerbe zur Ausführung übergeben werden könnte. — Aus der Mitte des Gemeinderats wurde angeregt, daß es eine dringende Notwendigkeit sei, der Frage der Beschaffung einer Kleinwage näher zu treten. Der Vorsitzende führte aus, daß die Mittel aus dem Haushaltsplan 1932 gestrichen werden und gegebenenfalls ein Grundstücksangebot beschaffen werden müsse. Zunächst sollen nun Preisangebote eingeholt werden. — Nach Erledigung einiger kleinerer Gegenstände wurden noch in nichtöffentlicher Sitzung eine Anzahl Forderungen und Steuerfälle beschlossen und die Sitzung um 10 Uhr geschlossen.

Der Wind weht

Der Wind weht, der Sommer vergeht; der Sturm kommt, wenn es dem Herbst kommt. Ein alter Kalender- Spruch sagt so. Die letzten Tage sprechen dafür. Landauf, landab sind die Schwabengemüter erregt über den grünen Wind, den fürchtigen Wind, den blauen Wind, den braunen Wind. Je nach Lage und der Landschaft eines Dorfes, einer Stadt gibt es einen „Ober-, Ober-, Unter-, See-, Biber- oder Frankenswind“. Als heller Wind wird harter Westwind bezeichnet. Lokale Windnamen sind der „Kalten- lader“ und der „Ulmer Wind“. Die landesüblichen Redensarten vom Wind sind sehr zahlreich. „Viel Wind, wenig Brot“, legen die Schwaben. — „Viel Wind, wenig Regen“ deuten die Aroler. — „Der Wind kommt vor'm Regen“ behaupten die Saupheimer. — Wenn Federwölken am Himmel sind brauchen die Ulminger an der Jagt das Sprüchlein „der Wind fährt“. — In Oberschwaben „gahrt der Wind über's Weis“. Er geht also über das Stoppelfeld. — Wenn der Wind nicht ginge, so ginge kein Kaffee“, sagt man im Aroler Stadtbereich. — „Einen Rageren könnt der Wind über'n Jann raum laufen“, meinen die Leute aus Memmingen-Regau. — Im übertragenen Sinn brauchen die Redner das Sprüchlein: „Was kann man dafür, wenn einen der Wind umweht“. — Wenn etwas nie geschieht, heißt die Bauern von Neuffen im Rätlinger Amt: „Des wird geschehen sein zwischen Es und Fingsten, wo der große Wind geht“. — In einer Spitz- geschichte aus Buchau kommt das Verslein vor: „Windlein weh, Windlein weh, bis ich mein Herrlein wieder seh“.

Württemberg

Besenfeld, 18. Sept. (Das Großfeuer in Besenfeld aufgeführt.) Dank den erfolgreichen Arbeiten des Stationskommandos Besenfeld und des Landjägers Heine in Besenfeld ist es gelungen, die Ursache des Großfeuers in Besenfeld in der Nacht vom letzten Sonntag auf Montag aufzuklären. Als Täter wurde der in Besenfeld wohnhafte Zimmermann Fritz Wolf festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht. Der Täter hat ein volles Geständnis abgelegt. Er hat das Feuer am Sonntagabend gegen 9 Uhr gelegt, und zwar erstens aus Rache, weil er mit der Besitzerin des Konrad- bauerhofes, Frau Sackmann, einen bis jetzt noch nicht zu seiner Zufriedenheit erledigten Handel wegen eines Hundes hatte, der sein Kind gebissen hatte, und zweitens, weil er sich durch den Brand Arbeit beschaffen wollte. Mafz ist seit einiger Zeit erwerbslos und hat deshalb mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil er eine Familie mit sieben Kindern hat. Bei seinem Geständnis gab er offen zu, daß er sich nicht bloß gewünscht habe, daß der Konradbauerhof übernehme, sondern daß der Brand möglichst auch auf die Nachbar- gebäude übergreife, damit er für recht lange Zeit Arbeit bekomme. Es war auch aufgefallen, daß Fritz Wolf als erster Feuerwehrmann auf dem Brandplatz erschienen war, während die übrige Feuerwehr noch einige Zeit brauchte, um einzugreifen.

Entringen, 17. Sept. (Großfeuer.) Samstag nacht sind hier drei Wohngebäude und vier Scheunen einem Brand zum Opfer gefallen. Das Feuer brach in einer Scheune aus, die sich in der Nähe der Wirtschaft zur „Kofe“ befindet. Mit Heu und Stroh gefüllt brannte die Scheune alsbald lichterloh. Die Flammen schlugen auf die Gassewirtschaft zur „Kofe“ über, weiterhin auf eine andere vollgefüllte Scheune und auf ein großes Doppelhaus. Die Feuerwehr, unterstützt von der Motorpumpen aus Herrensberg, gab sich alle Mühe, um weitere Gebäulichkeiten, die gleichfalls gefährdet waren, zu retten. Das Vieh konnte überall gerettet werden, auch ein Teil der Fährnis, während der Besitzer der Wirtschaft zur „Kofe“, Roppel, kaum das nackte Leben zu retten vermochte. Die übrigen Geschädigten sind die Landwirte Schmid, Tausch und Schneck. Auch einige andere Landwirte, die in den abgebrannten Scheunen mietweise ihre Vorräte

untergebracht hatten, sind geschädigt worden. Die Entstehungsurache des Feuers, das etwa um 1 Uhr nachts ausbrach, ist noch unbekannt.

Stuttgart, 17. Sept. (Antitribunale des Reichsvertraters beim württ. Staatspräsidenten.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der bei verschiedenen Länderregierungen beglaubigte Vertreter der Reichsregierung, Dr. Freiherr von Cserner, hat heute dem württ. Staatspräsidenten seinen Antitribunale gemacht.

Stuttgart, 17. Sept. (Keine Beziehungen zwischen Professor Dr. Dendke und Stuttgarter südlichen Krankenhäusern.) Die Mitteilung verschiedener hiesiger Zeitungen, daß der aus dem Calmette-Prozess in Lübeck bekannt gewordene Professor Dr. Dendke nun hier in Stuttgart seine Bakterienforschung fortsetze und eine Förderung dieser durch ein Stuttgarter südliches Krankenhaus erhalte, trifft in keiner Weise zu. Es ist allerdings an die Stadtverwaltung (Krankenhausreferat) von einigen Seiten das Ansuchen gestellt worden, Professor Dr. Dendke in einem Laboratorium eines südlichen Krankenhauses arbeiten zu lassen; dies wurde aber aus naheliegenden Gründen abgelehnt. Tugendwelse Beziehungen zwischen Professor Dr. Dendke und südlichen Krankenhäusern — etwa durch Lieferung von Material für seine Untersuchungsarbeiten — bestehen nicht.

Stuttgart, 18. Sept. (Was wird aus dem halbfertigen Gemarkungshaus?) Die Gewerkschaften haben ihren Neubau an der Kottstraße aus demselben Mitteln einleihen müssen, nachdem fast eine halbe Million verbaut worden war, so daß sie nun versuchen, irgendwoher Kredite zu bekommen, um den Bau weiterführen zu können. Wie der „Schwäbische Merkur“ berichtet, haben sie sich deshalb an die Stuttgarter Girokassa gewandt, um von dort einen Kredit in Höhe von 700 000 Mk. zu erhalten. Die Girokassa hat einem solchen Kredit abgelehnt oder aber davon abhängig gemacht, daß die Stadt Stuttgart für den Kredit die Bürgschaft übernimmt. Die Finanzabteilung hat sich mit einem solchen Antrag bereits zu befassen gehabt, eine Entscheidung aber noch nicht getroffen, vielmehr die Angelegenheit zurückgestellt und von dem Bürgermeisteramt eine schriftliche Vorlage verlangt.

Stuttgart, 18. Sept. (Schwere Justizstrafen für Falschmünzer.) Vor der Strafkammer hatten sich am Freitag der 31 Jahre alte Hilfsarbeiter Emil Apfelbach und der 29 Jahre alte Inhaber einer Fahrrad- und Maschinenreparaturwerkstätte, Julius Weber, beide von Rottweil, wegen Falschmünzerei zu verantworten. Sie hatten falsche Pfennigstücke hergestellt und zum Teil auch in der Markbacher und Ludwigsburger Gegend abgesetzt. Das Amtsamt hat diese Fälschungen als plump bezeichnet. Das Gericht sah von der Zuhilfenahme mildernder Umstände ab und verurteilte Weber und Apfelbach zu je 2 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus, Frau Weber wegen Hehlerei zu 25 Mk. Geldstrafe.

Stuttgart, 17. Sept. (Flammensturz einer Greifin.) Am Freitag morgen ereignete sich hier ein gräßliches Unglück. Die nahezu 80jährige Frau Barbara Kohn kam beim Kaffeemachen dem Feuer zu nahe, so daß ihre Kleider alsbald lichterloh in Flammen standen. Die alte Frau erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß ihr Tod noch kurzer Zeit eintretet. Der schwerhörige Gatte der Verunglückten hatte die Hilfe seiner Frau nicht gehört.

Rottweil, 17. Sept. (Neue Steuern einstimmig abgelehnt.) Der Gemeinderat sprach sich gestern einstimmig gegen die Einführung neuer Steuern aus. Zur Beschäftigung von Arbeitslosen wurde eine Schulbaufnahme von 30 000 Mk. beschlossen.

Rottweil, 17. Sept. (Brand durch ein zündendes Kind.) Gestern vormittag kurz nach 11 Uhr wurde die hiesige Weidmühle alarmiert. Im Hause des Fabrikarbeiters Kollenmarkt vor Feuer ausgebrochen, starke Rauchwolken drangen aus dem Schornstein und dem Dachstuhl. Der Brand konnte aber gleich gelöscht werden. Ein 4jähriges Kind, das eben von der Kinderschule heimkehrte, spielte mit Streichhölzern und hatte dadurch den Brand verursacht.

Kirchheim, 18. Sept. (Keine Getränksteuer.) Der Gemeinderat hat den vom Finanzsausschuß, wenn auch nur unter dem Zwang der Verhältnisse widerwillig und widerstrebend gestellten Antrag auf Einführung der Getränksteuer in Höhe von 10 Prozent mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Kaufing, 18. Sept. (Im Zehden der Wirtschaftskrise.) Bei der Zwangsversteigerung des Erholungsheims „Friedensruhe“, das mit Einrichtung auf ca. 41 000 RM. geschätzt war, stellten sich keine Liebhaber ein, so daß das Anwesen von dem 1. Hypothekengläubiger um ca. die Hälfte übernommen werden mußte. Mehrere hiesige Handwerksleute werden dadurch geschädigt.

Sauggau, 17. Sept. (Ablehnung der Getränksteuer.) Der Gemeinderat möchte sich nochmals mit der Auslegung des Etats befassen. Der Beschluß der Bürgersteuer wurde zugestimmt, dagegen wurde die Einführung der Getränksteuer und die Auslegung der Bürgerertragsabgabe für 1932 abgelehnt.

Bon der bayer. Grenze, 18. Sept. (Spinale Kinderlähmung.) Kaum von den Ferien heimgekehrt ist die Tochter des Studenten Zerk in Donaueschingen von der spinalen Kinderlähmung befallen worden. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe ist bis jetzt noch keine nennenswerte Besserung im Befinden des Mädchens eingetreten.

Landtagspräsident Wergenthaler über die Verhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum

Ludwigsburg, 17. Sept. In einer nationalsozialistischen Verammlung am Freitag abend erklärte Landtagspräsident Wergenthaler nach dem Bericht der „Ludwigsburger Zeitung“ zu den Verhandlungen der Nationalsozialisten mit dem Zentrum, daß es sich dabei nicht um Weltanschauungen, sondern lediglich um die Frage gehandelt habe, rasch Wege zur Arbeitsbeschaffung zu bereiten. Dazu sollte das Zentrum mitgehen — ohne Gegenleistungen und Bindungen auf nationalsozialistischer Seite. Diller wisse, wie ungeheuer groß der Unterschied zwischen dem Zentrum und Nationalsozialismus sei; nie könne es ein engeres Zusammengehen zwischen beiden geben. In seinem Schlusswort erklärte der Redner noch: Bapens letztes Ziel werde wieder die Errichtung der Monarchie sein. Das Zentrum wolle aber keine Wiedereingliederung der Hohenzollern. So könne in ferner Zukunft der Schlußsatz erklingen: „Die Hölzer, die Wittelsbacher!“ mit all den Begleiterscheinungen eines Königs um protestantische und katholische Weltanschauung. „Sehen Sie das nicht als Phantasie an“, meinte der Landtagspräsident. „Was sich bisher abgespielt hat, zwingt uns, weit hinauszuwachen. Aber wir glauben, daß unser gedrücktes Volk nicht auch noch eine Aenderung der Staatsform ertragen kann. Wenn jeder wieder Arbeit und Brot hat — dann vielleicht. Aber wir warnen das Hohenzollernhaus, etwa eine Wiederherstellung seiner Herrschaft durch eine reaktionäre Regierung zu erheben.“

Die Unterbringung der 200 000 Turner und Turnerinnen scheint gesichert

Stuttgart, 19. Sept. Das herannahende 15. Deutsche Turnfest macht große Vorbereitungen notwendig, und so hat die Leitung des 15. Deutschen Turnfestes bereits mit der Wohnungsvermittlung begonnen. Überall in Groß-Stuttgart und den umliegenden Gemeinden des Wohngebietes, das für das 15. Deutsche Turnfest in Betracht kommt, sind seit Tagen besternte Turner und Turnerinnen aufopfernd und willig an der Arbeit, sich für das Gelingen der Wohnungsvermittlung einzusetzen. Täglich begegnet man den Werberrn auf ihren Gängen in die Hausabteilungen und das Gefräulde ist, daß aus allen Teilen der Wohngebiete gleichmäßig die Nachrichten kommen, daß die Bevölkerung großes Verständnis für die Maßnahmen für das 15. Deutsche Turnfest hat. Soweit bis jetzt aus den einzelnen Werbebezirken Mitteilungen vorliegen, ist zum allergrößten Teil die Bevölkerung gerne bereit, Turner und Turnerinnen im kommenden Jahre aufzunehmen.

Der Hauptleistungsausschuß für das 15. Deutsche Turnfest scheint sich in seinen Erwartungen über die Bereitwilligkeit der Bevölkerung, Gastfreundschaft in der vom Schwaben bekannten Art und Weise zu üben, nicht getäuscht zu haben.

Bann dürfen Hupenzeichen gegeben werden?

Stuttgart, 19. Sept. Die neuen seit 10. Mai d. J. geltenden Vorschriften über die Abgabe von Warnungssignalen sind offenbar bei den Kraftfahrern noch nicht genügend bekannt. Jedenfalls werden sie bis jetzt kaum beachtet. Sie bezwecken eine wesentliche Einschränkung der Warnungssignale. Früher durften Hupenzeichen allgemein dann abgegeben werden, wenn auch nur irgendeine die Möglichkeit einer Gefährdung des übrigen Verkehrs bestand; jetzt ist dagegen das Hupen nur noch gestattet, falls Wegebenutzer oder Fußgänger durch das Herannahen eines Kraftfahrzeuges tatsächlich gefährdet werden. Es heißt dies insbesondere, daß beim Überfahren an Straßeneinmündungen oder verkehrsreichen Stellen im allgemeinen keine Signale in vorzüglicher Weise mehr abgegeben werden dürfen. Es müssen also die vielen Warnungssignale unterbleiben, die nur dem Fahrzeug von vornherein freie Bahn verschaffen und ihm ein rasches Vorwärtkommen ermöglichen sollen. Man kann wohl sagen, daß nach diesen neuen Bestimmungen weitgehend der größte Teil der bisherigen an Straßeneinmündungen abgegebenen Signale unzulässig ist. Die allgemeine Verkehrssicherheit darf freilich darunter nicht leiden. Die Kraftfahrer müssen aber viel mehr wie bisher der Gefahr im Verkehr durch vorübergehende Verminderung der Geschwindigkeit und Erhöhung der Vorsicht begegnen. Erst wenn sie trotz dieses Verhaltens infolge besonders unüberführlicher Verhältnisse oder besonders starken Verkehrs vor Ueberraschungen nicht sicher sind, dürfen sie zur Dube greifen. Dagegen können sie nach wie vor unachtsame Fußgänger und andere Wegebenutzer, welche die Annäherung des Kraftfahrzeuges nicht rechtzeitig bemerken, warnen; dies freilich auch nur dann, falls sie die Gefahr auf andere Weise, wie durch sofortiges Bremsen, allein nicht beseitigen können. Ebenso dürfen sie die Absicht des Ueberholens durch Signale ankündigen, vorausgesetzt, daß das Ueberholen zulässig ist.

Die übrigen Vorschriften über Warnungssignale sind gleich geblieben. Innerhalb geschlossener Ortsteile müssen die Zeichen also kurz sein. Jedoch dürfen auch kurze Signale nicht dauernd hintereinander wiederholt werden. Unstatthaft sind regelmäßig die Hupenzeichen, durch welche die Verkehrsposten auf das Herannahen der Fahrzeuge aufmerksam gemacht werden sollen. Die Benutzung von Signalinstrumenten zur Abgabe von anderen Zeichen als unbedingt notwendigen Warnungssignalen, insbesondere von Rufzeichen, ist verboten. — Die neuen Bestimmungen sind sehr einschneidend. Ein großer Teil der Kraftfahrer muß umlernen. Als Grundtat im Kraftfahrzeugverkehr muß künftig gelten: Weniger Signale — dafür Verminderung der Geschwindigkeit und Erhöhung der Vorsicht. Ebenso aber werden sich auch die Fußgänger daran gewöhnen müssen, mehr auf den Fahrverkehr zu achten; sie können dadurch dem Kraftfahrer die Einhaltung der neuen Bestimmungen wesentlich erleichtern.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 17. Sept. (Holzverhältnisse in Württemberg.) Bei den Holzverhältnissen aus den württembergischen Staatswaldungen wurden in der ersten Hälfte des Monats September folgende Erlöse erzielt: Nadelholz im Schwarzwald: Fichten und Tannen 30—43, Fichten und Lärchen 35—43, im Unterland: F. und T. 39,4—45, im Nordostland F. und T. 33—48, F. und L. 40, auf der Schwäb. Alb F. und T. 36—40, F. und L. 43, in Oberschwaben F. und T. 36—45 Prozent der Landesgrundpreise.

Letzte Nachrichten

Trienz, Amt Mosbach, 17. Sept. Gestern nacht wurde die 88 Jahre alte Witwe des Kattschreibers Wilhelm Weber ermordet aufgefunden. Es handelt sich um einen Sexualmord. Die Gendarmerie ermittelt die ganze Nacht und hat den vermeintlichen Mörder festgenommen. Die Frau wurde mit einem stumpfen Gegenstand niedergeschlagen und ins Gebüsch geschleppt. Die leuchtende Tat geschah in der Nähe des Dorfes.

Braunschweig, 18. Sept. Während des heutigen nationalsozialistischen Flugtages ereignete sich ein tödlicher Unfall. Der Braunschweiger Kunstflieger und Luftphotograph Albrecht fiel in der Luft mit einem anderen Flugzeug zusammen. Seine Maschine geriet ins Trudeln und Albrecht stürzte in Höhe von 50 Metern aus dem Flugzeug. Er war sofort tot. Die Maschine fiel neben dem verunglückten Flieger zu Boden und ging vollständig in Trümmer. Das andere Flugzeug konnte nach seinem Zusammenstoß seinen Flug weiter fortsetzen.

Katibor, 18. Sept. Bei einem Postautobus der Linie Gnodensfeld-Katibor verlor heute nachmittags auf der Fahrt nach Katibor an einem steil abfallenden Wege plötzlich die Bremse und das Auto stürzte eine mehrere Meter hohe Böschung hinab. Drei Personen wurden schwer verletzt. Die übrigen Insassen und der Chauffeur erlitten leichte Hautschürfungen.

Kiel, 18. Sept. Zwischen Brees und Kaisdorf stieß heute nacht ein Personkraftwagen mit einem Pferdewagen zusammen. Der Anprall der beiden Fahrzeuge war so heftig, daß die Deichsel des Fuhrwerks dem im Wagen sitzenden Ingenieur Mey aus Düsseldorf den Kopf zerschmetterte. Mey war auf der Stelle tot. In allem Unglück schienten noch die Pferde; der Kutscher des Fuhrwerks, ein Viehhändler aus Barendorf bei Kiel, wurde vom Hof geschleudert und erlitt schwere Kopfverletzungen. Die Ursache des Unglücks dürfte in der schlechten Beleuchtung des Fuhrwerks zu suchen sein.

Ping, 18. Sept. Zur Vernehmung der vor einigen Tagen verhafteten vier Königsberger SA-Leute, die beschuldigt werden, an den Bombenanschlägen in Königsberg beteiligt gewesen zu sein, trafen am Samstag hier zwei deutsche Kriminalbeamte ein. Die Verhafteten sollen nach Erledigung von Formalitäten an Deutschland ausgeliefert und dort vor ein Sondergericht gestellt werden. Auch in Belg (Oberösterreich) wurden am Samstag zwei reichsdeutsche Nationalsozialisten verhaftet, die ebenfalls mit den Königsberger Attentaten in Verbindung stehen sollen.

Rio de Janeiro, 17. Sept. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf heute morgen hier ein und flog nach einträglichem Aufenthalt um 10.42 Uhr wieder nach Pernambuco zurück. „Graf Zeppelin“ wird die Heimfahrt nach Deutschland am 21. d. M. antreten.

Vierfacher Giftmord?

Berlin, 17. Sept. In Klein-Bartwitz im Kreis Doherswerda erkrankten hintereinander der 61jährige Arbeiter Math Tärke, sein 34jähriger Schwiegersohn Christian Grobars und dessen Frau Danna und ihr sechsjähriges Kind unter schweren Vergiftungserscheinungen. Von ihnen starben alle bis auf Frau Danna Grobars, die im Krankenhaus noch mit dem Tode ringt. Während der Verfestung der drei wurde auf dem Friedhof der Schatzkammer Richard Just, der zweite Schwiegersohn Tärkes unter dem Verdacht des dreifachen Giftmordes und des versuchten Giftmordes verhaftet. Die Obduktion der Leiden hat Spuren von Arsen zutage gefördert. — Zu der

Tragödie, die inzwischen vier Opfer forderte, ist ergänzend zu melden, daß der Auszügler Mathias Türle mit seinem Schwiegervater Grobars und seinen beiden verheirateten Töchtern eine kleine Landwirtschaft betrieb. Der unter dem Verdacht des vierfachen Giftmordes festgenommene Just, der Mann der zweiten Tochter Türles, war längere Zeit abwesend und ist erst kürzlich zurückgekehrt. Zwischen Türle und Just entstand ein gespanntes Verhältnis, da Türle es ablehnte, den Just in seinem Hause aufzunehmen. Just, der noch immer jede Schuld bestritt, kam dadurch in den schweren Verdacht, daß er, seine Frau und sein Kind von den Vergiftungsgerichten verschont blieben. Auch Frau Hanna Grobars ist an der Vergiftung gestorben.

Falsche Behauptungen über den Reichswehrminister

Weslin, 17. Sept. (Eig. Meldung.) In der Presse tauchen Behauptungen auf, Reichswehrminister General von Schleicher habe der SA und SS nahe gelegt, einen Duldungsmarsch für Hitler zu veranstalten. Diese Behauptungen werden von ausländischer Stelle als völlig unfundiert bezeichnet. Der Reichswehrminister habe im Gegenteil niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß er jedem Aufmarsch, der den Versuch eines Widerstands entgegenzusetzen werde.

Aus Welt und Leben

Das zählende Trittbrett ist seit einigen Tagen in Mannheim verkehrswegweisend an einzelnen Wagen der elektrischen Straßenbahn zu Kontrollzwecken eingebaut. Ueber dem Ein- und Aussteigertritt ist ein zweites Trittbrett eingefügt, das mit einem elektrischen Zähler auf der Plattform in Verbindung steht, der jeden ein- und aussteigenden Fahrgast unter genauer Zeitangabe registriert. Wie man hört, soll die Neuerung, die eine Kontrolle des gesamten Straßenbahnverkehrs darstellt, bei sämtlichen Wagen eingeführt werden. Dazu wird von Mannheim vierzig Wagen gleich ein Wunsch geäußert, dessen Berechtigung die Straßenbahndirektion sicher nicht verkennen wird: falls die Neuerung allgemein durchgeführt werden soll, müssen die Trittbretter praktisch angelegt werden. Das zweite unbewohnte Trittbrett kompliziert Ein- und Ausstieg stark durch seine Enge, und schon am zweiten Tag der Einführung ist denn prompt auch ein älterer Herr beim Aussteigen vom Trittbrett abgestürzt — glücklicherweise ohne sich zu verletzen. Schuld trug ausschließlich das neue Trittbrett, das sich also zunächst nur als Hindernis bewährt hat.

Schlafwagen auf Gummirollen. Trotz aller Federungsmaßnahmen läßt sich das Stoßen und Rollen unserer Schnellzugswagen nicht ganz aufheben. Dieser Uebelstand macht sich namentlich in den Schlafwagen, für Reisende, welche die Bahn über große Strecken benutzen müssen, sehr unangenehm bemerkbar. In Amerika hat man jetzt eine neue Stoßdämpfung erprobt. In sämtliche Kabinen und Tragteile hat man Gummirollen eingelegt. Dadurch ist alle Geräuschübertragung von Metallteilen auf andere nach Möglichkeit unterbunden. Auch die Blattfedern und die Spiralfedern der Seitenwagen drücken oben und unten auf angelegte Gummirollen. In den Probewagen sind im ganzen 50 diese Rollen angebracht. Nur die Gelenke und die Zapfen sitzen noch direkt auf Eisenstellen. Die Schallabsorption und die Stoßdämpfung ist jedoch so weit durchgeführt, daß kaum noch das Empfinden aufkommt, sich in einem fahrenden Zug zu befinden.

Deutsche Luftdruckbremsen für französische Güterzüge sollen jetzt nach den internationalen Eisenbahnvereinbarungen in Frankreich eingeführt werden. Die französische Regierung veranlaßt die Eisenbahngesellschaften, mindestens die Hälfte der Lieferung in Deutschland auf das Reparationskonto in Auftrag zu geben. Da die Regierung für diese Reparationslieferungen den französischen Gesellschaften sehr lange Staatskredite gewährte, so bestellten sämtliche Eisenbahnen mit Ausnahme der Nordbahn, die Bremsen in Deutschland. Die deutschen Betriebe suchten diese Aufträge so schnell als möglich fertigzustellen. Aber jetzt weigern sich die deutschen Lieferanten die Bremsen zur Aufmontage abzuliefern, wenn die französischen Gesellschaften nicht vorher bezahlen, da die Frage durchaus ungeklärt sei, wann und wie die Zahlung auf Reparationskonto infolge der neuen Abmachungen erfolgen würde. — Da dürften die französischen Güterzüge sich doch noch eine Weile ohne Luftdruckbremsen behelfen müssen.

Bergebung von Bauarbeiten

Für die Erweiterung der Staatsstraße Nr. 111 von Km. 0,000 bis 4,600 (von der Engtalstraße gegen Döbel) und für den Umbau der Engtalstraße (sogenannte Engtalbrücke), welche im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms auszuführen sind, werden auf Grund der Reichsverordnungsordnung (DIN 1960—1985) sowie der besonderen Bedingungen für das Arbeitsbeschaffungsprogramm im Landstraßenbau die nachstehenden Arbeiten vorbehaltlich der Sicherstellung der Geldmittel zur Bewerbung ausgeschrieben:

1. Für den Straßenbau: 15 000 cbm Erdaushub, 800 cbm Felsausbruch, 9500 qm Forlage, 1700 cbm Schotter und Grus, Walzung und Nebenarbeiten;
2. für den Brückenbau: 800 cbm Aushub, zusammen 660 cbm Stampfbeton, 250 qm Glatteisen, Fahrbahndeckelung und Nebenarbeiten.

Die Vergebung der Straßenbau- und der Brückenbauarbeiten getrennt an je einen Unternehmer wird vorbehalten. Die Bedingungenunterlagen liegen beim Straßen- und Wasserbauamt Calw in den Geschäftsstunden auf.

Die Angebote sind unter Benützung der Angebotslisten unterschrieben in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift „Angebot für Straße Nr. 111“ bis spätestens Montag den 28. September 1932, vormittags 11 Uhr, beim Straßenbauamt portofrei einzureichen. Der zu dieser Zeit stattfindenden Angebotseröffnung können die Bewerber oder ihre Bevollmächtigten anwohnen.

Der Zuschlag erfolgt nach endgültiger Genehmigung des Baues.

Calw, den 17. September 1932.
Straßen- und Wasserbauamt.

Herrenalb.

Das Frei-Schwimmbad

ist von heute ab geschlossen.

Kurverwaltung.

Mutter und Kind von einem Wolfshund zerfleischt. In Bisamberg (Niederösterreich) überfiel jüngst ein Wolfshund ein Kind, riß es zu Boden und zerfleichte es derart, daß die Sehnen am Hals bloßgelegt und anscheinend zerrissen wurden. Die Mutter wollte ihrem Kind zu Hilfe eilen. Sie wurde jedoch von dem rasenden Tier ebenfalls angefallen und an Armen und Beinen entseuflich zugerichtet. Als nun ihr Mann den Hund bändigen wollte, wurde er von der wütenden Bestie in den Straßengraben gestoßen. Mutter und Tochter wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Der Konzertsieger des großen italienischen Tonsetzers Vaccinis, an dem der verstorbene Meister die meisten seiner unsterblichen Werke komponiert und gespielt hat, ist dem Wünsche Vaccinis gemäß, mit ihm in dem Grabgewölbe seiner italienischen Villa aufgestellt worden. Dort steht er jetzt als Wandrelief neben dem Sarkophag des Meisters. So sind beide auf ewig miteinander vereinigt, gleich wie man den alten Königen und Helden ihre Waffen und das Leibrock ins Grab mitgegeben hat. Das Instrument wird alle vier Wochen genau gestimmt und durchgespielt, so daß der Stimmton in das Gewölbe geben und dort seine Arbeit verrichten muß. Man kann sich denken, daß eine Reihe von Beauftragten vor dieser Verrichtung im letzten Augenblick zurücktraten, und es ist außerdem ein eigenartiges, von Selbstmord und Schauer nicht freies Gefühl, wenn man den Flügel erklingen hört, der von der Grabstätte des großen Komponisten aus zum Erklingen gebracht wird.

Schneise erwacht im Sarg. In Mol (Banat) starb kürzlich die 78jährige Frau eines Landwirts. Die Tote wurde in einem Metallfarg aufgebahrt. Beim Begräbnis merkten plötzlich die Trauernden, daß sich die Tote im Sarge bewegte; den Kopf hob, die Augen öffnete und schließlich mit leiser Stimme am Wasser bat. Die Angehörigen liefen entsetzt davon. Die Wiedererwachte lag nun aus dem Sarg und ging auf die Straße. Der beerbeigerne Arzt stellte fest, daß die Frau an Störkrampf gelitten habe.

Der Obstgarten im Stimm. Seit Jahrhunderten kennen die Chinesen und Japaner ein Verfahren, durch das man Pflanzen von hartem Wuchs ins Ziergestalt verwandeln kann. Endlich gelang es auch Europäern, eine Methode anzufordern, mit deren Hilfe man sogar Obstbäume als Zierpflanzen aufziehen kann. Diese Obstbäume tragen regelrechte Früchte. Obstbäume, die man in Kolumbien ziehen will, müssen schon gepflanzte und dürfen nicht älter als 2 Jahre sein. Im dritten Jahre werden man Kesseln, Birnen und Trauben in Blumentöpfe angepflanzt. Jurett frugt man nach Angaben in der „Landschau“ (Frankfurt a. M.) die Hauptwurzeln in der Mitte der Blanze. Man bindet am besten einen feinen, aber starken Draht um die Wurzelstübe. Nach ein paar Monaten ist die Einschränkung beendet. Das Wachstum der Pflanze wird dadurch aufgehalten. Inzwischen werden einige Zweige mit übermäßigem Wüchsen ausgeschnitten. Die Erde darf nur so viel Abreibung haben, als der Baum unbedingt benötigt. Im 4., 5. oder 6. Jahr werden die Beschneidungsmethoden weitergeführt, bis man merkt, daß der Baum nicht mehr weiterwächst und schließlich die Idee des Baumstammes entwickelt. Nun beginnt der Baum Früchte zu tragen. Die Früchte ebensogroß wie die von normalen Bäumen.

Kunstwerke werden verschleudert

Versteigerung im Hause Jhne — Frau v. Jhne am Bettelstab

Am Freitag begann in Berlin die Zwangsversteigerung des Kunstbesitzes der Frau v. Jhne, der Mutter der Kriegsblinden, die ihr Vermögen im Dienst für die ihres Augenlichts beraubten Kriegsväter aufgebracht hat. Alle Proteste der Öffentlichkeit gegen die Kulturstände haben nichts genutzt. Das Recht muß seinen Lauf nehmen, nachdem alle Bemühungen Frau v. Jhnes, den Kunstbesitz in der Gesamtheit zu erhalten, und eine andere Regelung ihrer Verbindlichkeiten zu erreichen, gescheitert waren. Wie erinnerlich, war schon einmal vor etwa zwei Monaten Versteigerungstermin anberaumt. Die Zwangsversteigerung konnte nicht durchgeführt werden, weil der Auktionsraum von Störenfriedern besetzt war, die die Durchführung der Zwangsversteigerung verhindern wollten. Frau v. Jhne hatte sich bemüht, bei der Reichsregierung oder bei der preussischen Staatsregierung Hilfe zu erlangen, entweder dadurch, daß der Staat die wertvolle Bibliothek übernimmt oder den Kunstbesitz. Aus welchen Gründen sich der Staat hierzu nicht entschließen konnte, ist unerfindlich. Die nationale Ver-

steigerung jedenfalls stand und steht heute noch auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht jeder Regierung gewesen wäre, der Kriegsblinden-Mutter hilfreich unter die Arme zu greifen, um zu verhindern, daß ihr Lebenswerk zerstört wird und zu verhindern, daß der wertvolle Kunstbesitz zu Zwangsversteigerungspreisen verschleudert wird. Der Rechtsbeistand Frau von Jhne hat noch am Donnerstag einen letzten Versuch unternommen, um eine erneute Dinerschiebung des Versteigerungstermines zu erreichen. Er hat dem Gericht ein ärztliches Zeugnis eingereicht, aus dem hervorgeht, daß angesichts des schlechten Gesundheitszustandes der Frau v. Jhne die Abhaltung der Zwangsversteigerung mit Lebensgefahr für die Besizerin verbunden sein würde. Das Gericht hat den Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß das Interesse der Gläubiger in diesem Falle vorgehe.

Für die Versteigerung waren umfangreiche Sicherstellungsmaßnahmen getroffen worden. Am Eingang der Villa waren zwei Schupo-Beamte aufgestellt. Der Zutritt zu den Räumen war nur gegen Hinterlegung eines Betrages von 100 Mark gestattet. Etwa 150 Personen hatten sich eingefunden, doch waren die meisten nur Schleute. Ein Kunstwerk nach dem anderen ging zu Schanden. Die großen und wertvollen Stücke mußten wegen Mangel an genühenden Angeboten zurückgezogen werden. Ein italienischer Meister des 17. Jahrhunderts, ein Oelgemälde auf Leinwand, brachte 80 Mark. Holzgeschnitzte italienische Kronleuchter aus dem 17. Jahrhundert fanden keine Käufer, trotzdem sie mit nur 100 Mark ausgedoten waren. Eine Dame erzielte einen prachtvollen italienischen Damastvorhang aus dem 17. Jahrhundert, dessen Wert auf mindestens 3000 Mark geschätzt wird, für 300 Mark. Zwei Vologneser Skulpturen, 18. Jahrhundert, mit Marmorsockel brachten 400 Mark. Ein holzgeschnitzter Engel, 17. Jahrhundert, erzielte Preise von 100 bis 400 Mark. Käufer der zurückgezogenen Gegenstände wird der Gesamterlös vielleicht 30 000 Mark erbringen. Frau von Jhne schuldet 40 000 Mark, wozu noch rund 10 000 Mark Vollstreckungskosten kommen. Selbst wenn es gelingen sollte, für die großen Werke noch Interessenten zu finden, wird für Frau von Jhne nicht ein Pfennig übrig bleiben. Ihre Villa ist mit Oportheken voll belastet. Die Mutter der Kriegsblinden ist am Bettelstab.

Spotecke

Der Beginn des zweiten Drittels der heutigen Spieltage in der süddeutschen Bezirksliga brachte in der Gruppe Württemberg die von uns in der Samstag-Börse befürchtete Verdrängung in der Tabelle. Durch den Sieg von Bietzen über Feuerbach und Böttingen über die Tabellenführung mit einem Punkt Vorsprung vor Rieders. Eine kleine Ueberreaktion gilt noch der Sieg des Stuttgarter Sportklubs über Germania Brötzingen; die anderen Spiele der Gruppe haben die erwarteten Ergebnisse gezeitigt.

Gruppe Württemberg: Stuttgarter Sportklub — Germania Brötzingen 4:2, FC. Bietzen — SpVgg. Schramberg 3:0, Sportfreunde Ehlingen — FC. Birkensfeld 5:0, Union Bötzingen — SpV. Stuttgarter Rieders 3:1, Normanna Gmünd — SpV. Stuttgart 1:3.

Gruppe Baden: Karlsruhe SV — Franconia Karlsruhe 2:2, VfB. Karlsruhe — VfVgg. Karlsruhe 0:0, Freiburger FC. — Sportklub Freiburg 1:0, SpVgg. Schramberg — FC. Rastatt 2:2, FC. Offenburg — FC. Mühlburg 1:1.

Gruppe Südbayern: Teutonia München — Bader München 1:2, Bayern München — 1860 München 1:0, SpVg. Landsbat — SpV. Alm 2:4, Ulmer FC. 94 — TSVg. München 3:3, Schwaben Augsburg — Jahn Regensburg 5:2.

Gruppe Nordbayern: FC. Nürnberg — Würzburger Rieders 4:1, VfB. Nürnberg — SpVgg. Ritzth 0:1, Germania Nürnberg — FC. Schweinfurt 0:1, FC. Bayreuth — FC. Würzburg 2:2, SpVgg. Erlangen — SpV. Ritzth 1:2.

Kreis-Liga: Kreis Eng-Rieder: Mühlenturm — VfB. Bietzen 4:0, Fußballklub Bietzen — Ehlingen 1:2 (abgebrochen), Rieders — Mühlenturm 1:4, Döbel — Sportklub Bietzen 0:0, Engberg — Ehlingen 2:4, Döbel — Rietzenbrunn 3:3.

A-Klasse (Gruppe 2): Reuenbürg — Germania Union Bietzen 2:1, Calmbach — Wüdd 5:2, Conweiler — Schwann 2:0.

Amtsgericht Neuenbürg.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Heinrich und Ottilie Simon, Gastwirts-Eheleute in Langenbrand, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und Schlußtermin gem. § 162 KO, bestimmt auf **Dienstag den 11. Oktober, 16^{1/2} Uhr,** vor dem Amtsgericht Neuenbürg.

Gemeinde Birkensfeld.

Gebäudebrandversicherung.

Gebäudeeigentümer, die neue Gebäude errichtet oder bestehende baulich oder durch Hinzufügung oder Entfernung von Zubehör verändert haben oder die ihre Gebäude nach Preisen vom 1. August 1914 zu hoch oder zu nieder zur Brandversicherung eingeschätzt oder in eine zu hohe Gefahrenklasse eingeteilt glauben,

werden aufgefordert,

zur ersten oder veränderten Einschätzung auf 1. Januar 1933 entsprechende Anmeldung auf dem Rathaus Zimmer Nr. 12 abzugeben.

Bei Unterlassung der Anmeldung eines unterversicherten Gebäudes zur Höhereinschätzung wird die Entschädigung im Brandfälle auf der Grundlage des Versicherungsanschlages berechnet werden.

Birkensfeld, den 17. September 1932.

Rathschreiber Wucherer.

Bis zum 25. jeden Monats

muß der Briefträger die Bezugsgebühr für den kommenden Monat eingezogen haben

Wollen Sie also keine verspätete Zustellung im Okt. und haben Sie vielleicht die Bezugs-erneuerung versäumt, so holen Sie dieselbe umgehend bei Ihrem Postamt oder auch bei Ihrem Briefträger nach. Eine Bestellung nach dem 25. eines Monats verursacht **20 Pfennig Verspätungsgebühr.**

Bekanntmachung betr. Straßensperre.

Die Etterstraßenstrecke durch den Ort Schwann im Zug der Bezirksstraße Neuenbürg—Marzell ist wegen umfassender Kanalarbeiten in der Zeit vom 19. September bis 29. Oktober 1932 für sämtliche Fahrzeuge gesperrt.

Umleitung für den Durchgangsverkehr: Neuenbürg—Engtalbrücke—Döbel—Herrenalb.

Neuenbürg, den 17. September 1932.

W. Oberamt: Lempp.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am **Dienstag, 20. Sept.,** vormittags 10 Uhr, in **Neuenbürg:**

1 Zimmerbüfett, 1 Kredenz, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Sofa, 2 Klubsessel, 1 Wasenständer.

Nachm. 3 Uhr in **Birkensfeld:** 1 Zimmerbüfett, 1 Kredenz, 1 Dreckschiff, 1 Radio-Apparat mit Lautsprecher, 1 Klubsessel, 1 Schreibtisch.

Zusammenkunft je am Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle Neuenbürg.

7 a 74 qm

Garten

in schöner, sonniger Lage, geeignet als **Bauplatz**, zu veräußern.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle des „Engtäler“.

Stellen-Angebot!

Ich suche redigierender Herr als Assi. mit 3000 M. Einlage (nur auf persönl. Fortrauen, ohne Sicherheit). Spät. Beteiligung. — Fachkenntnis nicht nötig. Wird angelehnt. Offerten mit Zeugn. u. Ref. schriftlich an

Steuerberater Kunz, Oberlengenhart, O.A. Neuenbürg.

„Der Engtäler“

darf als Heimatblatt in keiner Familie fehlen